

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17, Suß. Ad. Schlegel, Postfach 17, Dr. Gerberstr. u. Breitestr. Ecke, Otto Niekisch, in Firma J. Neumann, Wilhelmplatz 8. Verantwortlicher Redakteur: J. B. O. Eisner in Posen. Redaktions-Sprechstunde von 9-11 Uhr Vorm.

Abend-Ausgabe.

# Posener Zeitung

Hundertunddritter Jahrgang.

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen. H. Mosse, Haasenstein & Vogler A.-G., G. F. Daube & Co., Invalidendank. Verantwortlich für den Inseraten-Teil: W. Braun in Posen. Fernsprech-Anschluß Nr. 102.

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, für ganz Preussisch-Posen 5,45 M. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Nr. 365

Mittwoch, 27. Mai.

1896

## Deutschland.

**Berlin, 26. Mai.** In außerordentlich markanter Weise ist die Feier der Zarenkrönung auf Befehl des Kaisers und unter seiner Mitwirkung auch hier begangen worden. Der Befehl zur Parade über die beiden Regimenter, die den Namen des Zarenpaares tragen, war sogar den Kommandeuren überraschend gekommen. Er wurde erst im Laufe des zweiten Pfingstfesttages erteilt, so daß die Urlauber sofort telegraphisch zurückgerufen werden mußten, eine Maßregel, die aber in einigen Fällen wegen der weiten Entfernungen versagte. Die Regimenter konnten hiernach nicht vollständig antreten. Der Trinkspruch, mit dem der Kaiser bei der Frühstückstafel, in Anwesenheit des Reichskanzlers und der Mitglieder der russischen Botschaft, der Zarenkrönung gedachte, bewegt sich in den denkbar herzlichsten Wendungen. Es erscheint unmöglich, daß in Paris, wo der Tag der Zarenkrönung ebenfalls offiziell begangen wurde, innigere Worte des Einklangs mit Rußland und seinem Herrscher gefallen sein können. Der Kaiser sprach davon, „daß sich in das Saugzeug des russischen Volkes der Subel der anderen Völker mische, die durch besondere Abordnungen in Moskau vertreten seien, nicht zum Mindesten der unsrige.“ In Moskau und Petersburg wird man die Berliner Mitfeier umso mehr zu würdigen wissen, als sie ersichtlich einer nicht nur Spontanen, sondern auch zum Teil wenigstens, plötzlichen Entscheidung des Kaisers entsprungen ist.

Der Verein preussischer technischer Lehrerinnen hielt am Dienstag in Berlin seine Generalversammlung ab. Vertreten sind 11 Ortsgruppen. Die Vorsitzende, Fräulein Elisabeth Altmann-Söck, erstattete den Geschäftsbericht, demzufolge der erst am 16. September vorigen Jahres begründete Verein bereits 440 Mitglieder zählt. Frau Dr. Stobbe-Königsberg begründete sodann eine Reihe von Vorschlägen zur Frage der Vorbildung der Handarbeitslehrerinnen. Danach soll jede in eine Vorbereitungsanstalt eintretende Bewerberin eine bestimmte Vorbildung nachzuweisen haben. Die Vorbereitung der Handarbeitslehrerinnen dürfe nur solchen Kräften gestattet sein, die sich auf dem Gebiete in Schulen bewährt haben. In städtischen Schulen sollen nur geprüfte Handarbeitslehrerinnen den Unterricht erteilen dürfen. Der Handarbeitsunterricht in den Schulen müsse wie der wissenschaftliche unter fachlicher Aufsicht stehen. Die Befolgung der Handarbeitslehrerinnen an öffentlichen Schulen sei durch den ganzen Staat einheitlich zu regeln. In allen Lehr- und mehrklassigen Mädchenschulen seien Handarbeitslehrerinnen mit Pensionberechtigung fest anzustellen.

Der Bund der Landwirthe befürwortet Vorschläge zu der Einkommensteuer in den einzelnen Bundesstaaten zur Deckung der Kosten der von ihm vorgeschlagenen Invaliditätsversicherung. Der Vorschlag wird u. a. auch damit befürwortet, daß derselbe eine gleichmäßige und grundsätzlich gerechtere Verteilung der Lasten schaffen würde. In Wirklichkeit sollen die Lasten, welche bisher, vom Reichszuschuß abgesehen, von den versicherten Arbeitern und den Arbeitgeberern getragen werden, in Zukunft auf alle Einkommensteuerpflichtigen von 600 M. Einkommen ab, gleichviel ob sie bei der Versicherung betheiligt sind oder nicht, gleichmäßig verteilt werden. Die „Dtsch. Tagesztg.“ bemerkt zu dem Entwurf: „Von den Uebergangsbestimmungen sei nur hervorgehoben, daß die Vermögensbestände der bisherigen Versicherungsanstalten auf die Staaten oder Kommunalverbände übergehen, für die die Anstalten errichtet waren und zu sozialpolitischen Zwecken sowie zur Entlastung (weisen?) zu verwenden sind.“ Das wäre ja, meint die „D. Z.“, ein prächtiger Fonds für Viebesgaben an nothleidende Landwirthe. Eine lohnendere Reform der Alters- und Invalidenversicherung kann man nicht wohl ausdenken!

Der Verein preussischer Volksschullehrerinnen ist am ersten Pfingstfesttag in Berlin zu seinem ersten Kongreß zusammengetreten. Außer den beiden Berliner Vereinen sind vertreten die Vereine von Danzig, Dortmund, Bochum, Saarbrücken, Hagen, Elberfeld, Hannover, Frankfurt a. O. und A. w. i. t. s. Für den Allgemeinen Deutschen Lehrerinnenverein ist Fräulein Gina Gangerhahn delegiert. Den Vorsitz führt Fräulein E. Schneider-Berlin. In der ersten Sitzung am Vormittag des Pfingstsonntags wurde die Organisation der Centralstelle für Rechtschutz festgestellt. In der Nachmittags-Sitzung sprach Fräulein Anna Blum-Spanbau über die Frage „Welches sind die besonderen Aufgaben der Volksschullehrerinnen auf dem Lande?“ Der Kongreß genehmigte eine lange Reihe von Vorschlägen, wozu u. A. gefordert wird, daß die Landlehrerinnen in Gehalt, Wohnung, Feuerung und sonstigen Bezügen den Lehrern, an deren Stelle sie treten, gleichgestellt, auch den Gemeinden die gleichen staatlichen Stellenzulagen für sie gezahlt werden. Ferner wird gefordert, daß den Lehrerinnen der Unterricht auf der Mittel- und Oberstufe überwiesen werde, daß Handarbeits- und Haushaltungsunterricht und Gesundheitslehre in jede Volksschule eingeführt und den Lehrerinnen übertragen werden, daß die Lehrerinnen auf staatlichen Seminaren eine in jeder Beziehung geeignete Ausbildung erhalten, daß sie mit den Eltern der Schüler in dauernde Verbindung treten, die schul-entlassene Jugend um sich sammeln und schon vorhandene Einrichtungen benützen und fördern helfen, welche zur sittlichen Bewahrung und wirtschaftlichen Fortbildung dienen und daß sie endlich auch mit der außerhalb der Arbeit oder Dienst stehenden ehe-

maligen SchülerInnen in Verbindung bleiben. Die Landlehrerinnen müßten mehr als die Stadtlehrerinnen ihre ganze Kraft und Zeit ihrem Beruf widmen, sie müßten deshalb so gestellt sein, „daß sie nicht nöthig hat, Nebenverdienst zu suchen oder nach einer besseren Stelle auszuweichen.“ Nach dem Geschäftsbericht zählt der am 1. Oktober 1894 begründete Verein jetzt 750 Mitglieder, von denen 650 in 12 Ortsgruppen vereinigt sind, weitere Ortsgruppen sind in der Bildung begriffen. Fräulein Rath-Stelter-Danzig sprach über die soziale Arbeit der Volksschullehrerinnen im Anschluß an die Volksschule. Auch dieser Vortrag führte zur Annahme von Vorschlägen, die sich dem Sinne nach vielfach mit den vorerwähnten decken. U. a. ward in Anbetracht der Dringlichkeit und des Umfangs der sozialen Arbeit der Volksschullehrerinnen die Gründung eines Ausschusses für soziale Hilfsarbeit beschloffen, der innerhalb des Vereins selbstständig arbeitet, anregend und beratend die sozialpolitische Thätigkeit der Ortsgruppen leitet und deren Organ für Abstellung lokaler Noth und Mängel der Volkserziehung ist. Am Montag wurde über die Reform der Volksschullehrerinnen verhandelt. Fräulein Maria Wischniewska-Spanbau begründete eine Reihe von Vorschlägen. In diesen wird der jetzigen Vorbildung vorgeworfen, daß es ihr an Einseitigkeit, Gründlichkeit und richtigem Umfang mangle. Die Reformforderungen selbst gliedern sich nach vier Gesichtspunkten. Vom religiös-sittlichen Gesichtspunkt wird Einführung in die Resultate der modernen theologischen Forschung gewünscht, vom nationalen Gesichtspunkt nähere Kenntniss der deutschen Geschichte, Sprache und Literatur, vom sozialen Gesichtspunkt gründliche naturwissenschaftliche Vorbildung und Einführung in die „Gesundheits- und Volkswirtschaftslehre“ und in den hauswirtschaftlichen Unterricht gewünscht. Vom fachwissenschaftlichen Gesichtspunkt aus werden endlich gefordert Uebungsschulen, Geschichte der Pädagogik, Psychologie, verbesserter Zeichenunterricht, Gegenunterricht für musikalisch Begabte und Juridiktoren der technischen Fächer, die nur soweit zu betreiben haben, als ihre Beherrschung zur Allgemeinbildung gehört. Zur Ermöglichung der Reform wird verlangt Eintritt in das Seminar nur nach Abschluß der voll ausgestatteten höheren Lehrerschule und vierjähriger Seminarstudien. Ihre naturgemäße Fortentwicklung soll diese Reform finden in der Zulassung der Volksschullehrerinnen zu der Nachprüfung innerhalb der ersten Dienstjahre und zu der Mittelschullehrerprüfung.

Dem Abgeordnetenhaus ist der am 25. Februar zwischen Preußen, Oldenburg und Bremen abgeschlossene Vertrag über den weiteren Ausbau der Fahrbahn in der Außenweser nebst Denkschrift zur Beschlussfassung zugegangen. Danach soll in der Außenweser auf der Strecke von der Geestemündung bis zum Leuchthurm Hohenweg eine neue Fahrbahn hergestellt werden. Der Plan schließt sich dem Projekt an, das nach dem Vertrage vom 11. März 1891 mit einem Kostenaufwand von drei Millionen Mark ausgeführt wird, und erfordert eine weitere Aufwendung von 5 Millionen Mark. Die Ausführung wird auf Grund des Planes durch Bremen bewirkt. Die Kosten der Ausführung und Unterhaltung bis zu fünf Millionen Mark, die ebenfalls von Bremen vorgeschossen werden, sollen allmählich aus den Schiffsabgaben erstattet werden, die für Dampfer auf 14 Pf., für Segelschiffe auf 10 Pf. für das Kubikmeter festgesetzt sind. Soweit die Aufwendungen Bremens nicht bis zum 1. Januar 1930 aus den Schiffsabgaben gedeckt sind, wird der Fehlbetrag einstweilen mit zwei Sechsteln von Preußen, mit einem Sechstel von Oldenburg an Bremen gezahlt, der Rest mit drei Sechsteln von Bremen übernommen. In der Denkschrift wird des Weiteren ausgeführt, daß eine Verbesserung der Schiffsabgabe auf der Außenweser in Folge des Wettkampfes auf dem Gebiet der Schifffahrt unbedingt notwendig ist.

Im Reichstagswahlkreis Ruppiner-Tempel findet die Stichwahl zwischen dem konservativen v. Arnim und dem freisinnigen Leffing am 2. Juni statt. Die Wahlberechtigung war etwa 1500 Stimmen geringer, als im Jahre 1893. Der konservativ-kandidat hatte 2190 Stimmen weniger erhalten als 1893. Im letzten Jahre waren zwei freisinnige Kandidaten aufgestellt, von denen derjenige der Freisinnigen Vereinigung 1497 und derjenige der Freisinnigen Volkspartei 5520 Stimmen hatte. Bei der Stichwahl war nur ein Kandidat der Freisinnigen Volkspartei aufgestellt, der 790 Stimmen weniger hatte, als der Kandidat der Freisinnigen Volkspartei im Jahre 1893 und 2277 Stimmen weniger als 1893 die beiden freisinnigen Kandidaten. Der in diesem Jahre zuerst aufgestellte antisemitische Kandidat hat es auf 2421 Stimmen gebracht. Der Sozialdemokrat erhielt 3750 Stimmen, d. h. 645 mehr als 1893. In der Stichwahl stehen Herr v. Arnim mit 7136, Leffing mit 4730 Stimmen. Der Ausgang der Wahl hängt also, wie schon erwähnt, von der Haltung der Sozialdemokraten und der Antisemiten ab. Bekanntlich hat J. B. die „Staatsb. Ztg.“ behauptet, die Aufstellung eines antisemitischen Kandidaten sei das einzige Mittel, den Wahlkreis den Freisinnigen wieder abzunehmen. Ob das stimmt, wird sich am 2. Juni herausstellen.

## Votales

Voten, 27. Mai

n. Eine Prügelei entstand gestern in der Breitenstraße zwischen einem Malergehilfen und dessen Frau. Ein Schutzmann stellte die Ruhe wieder her und zerstreute die Menschenmenge, die sich angesammelt hatte.

n. Diebstahl. In der Nacht vom 23. zum 24. d. M. wurde aus einer verschlossenen Bodenkammer eines Hauses in der St. Martinstraße ein Kleid im Werthe von 27 M. gestohlen.

n. Aus dem Polizeibericht. Verhaftet: 1 Bettler, 2 Frauenpersonen wegen Diebstahlsverdacht, ein Arbeiter wegen Mißhandlung, ein Arbeiter wegen Sachbeschädigung und ein Arbeiter wegen Diebstahls. — Gefunden: eine Goldkette, ein Hundemantel mit Marke, eine goldene Damenremonstrade mit Kette. — Verloren: ein Vincentz. — Zugelassen: ein Hund mit Halsband und Marke.

## Aus den Nachbargebieten der Provinz.

\* Görlitz, 26. Mai. [Der 10. ordentliche Delegirten-tag des Gewerbevereins der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter] ist am Montag Nachmittag 6 Uhr hier in Anwesenheit des Vorstands der deutschen Gewerbevereine Dr. Max Hirsch-Berlin eröffnet worden. Anwesend sind Delegirte der Gewerbevereine Danzig, Posen, Stolp, Königsberg, Labrun, Regnitz, Rügen, Ostpr., Augsburg, Krefeld, Düsseldorf, Kärnten, Sterkrade, Halpe, Siegen, Wetter a. d. R., Bantau, Dortmund, Hannover, Straßburg, Dresden, Erfurt, Quedlinburg, Spandau, Weidrich und Berlin. Der Vorsitzende des Generalraths, Kamin-Berlin, eröffnete dem „Niederschl. Anz.“ zufolge die Delegirten-Versammlung unter Hinweis auf die Arbeiterkassensatzgebung und die gegenwärtige Situation in den Gewerbevereinen, mit einem Dank an die Stadt Görlitz und mit dem Wunsche eines erfolgreichen Verlaufes der Verhandlungen. Dr. Max Hirsch wünschte dem Arbeiter-Parlament für seine Beschlüsse viel Erfolg. Es fand nunmehr die Wahl des Bureau's statt, und zwar wurden gewählt als erster Vorsitzender Traubert-Halpe, als zweiter Schumacher-Erfurt, als dritter Breder-Stralund, zu Schriftführern Hartmann-Düsseldorf und Horstzel-Berlin. Nach definitiver Festlegung der Tagesordnung, aus welcher folgende Punkte hervorzuheben sind: „Wie stellt sich der Delegirten-tag zu der Frage: Soll der Gewerbeverein versuchen, Korporationsrechte zu erwerben?“ und „Wie stellt sich der Delegirten-tag zu der Frage der eigenen Vertretung des Gewerbevereins in den gesetzgebenden und kommunalen Körperschaften“ erfolgte die Fixirung der Dringlichkeitsanträge und Schluß der ersten Sitzung. Der Delegirten-tag dauert bis zum 31. Mai. Am 8 Uhr fand ein zahlreich besuchter Kommerz statt, dem u. a. auch der Reichstagsabgeordnete Lüders beizuwohnte.

\* Löwenberg, 25. Mai. [Für die Reichstagswahl] wahl im Löwenberger Wahlkreis hat der Regierungspräsident als Tag für den Beginn der Auslegung der Wahlerlisten den 6. Juni d. J., und als Tag der Wahl den 4. Juli d. J. festgesetzt und den Landratsamtsverwalter, königl. Regierungs-Assessor Dr. v. Gänther zu Löwenberg zum Wahlkommissar ernannt.

\* Landsberg a. W., 26. Mai. [Eine von Eisenbahn-räubern entführt zugerichtete Leiche] fand man der „Am. Ztg.“ zufolge am zweiten Feiertage frühmorgens auf dem Geleise der Ostbahn in der Nähe der Störkesfabrik auf Wepritzer Gebiet. Es war die Leiche eines Mannes, der beide Beine abgefahren waren; außerdem wies der Körper entsetzliche Verwundungen auf. Große Blutlachen zogen sich an den Schienen entlang. Aufgehoben ist der dem Arbeiterstande angehörende Mann aus einem Zuge gekürzt. Nach vorgefundenen Papieren heißt er Friedrich Marasus und ist aus Ostpreußen. Sein Alter war 38 Jahre, da der Geburtstag auf den 23. Februar 1858 angegeben stand. Bis zum letzten Sonnabend hat der Verunglückte in der Bagerdorfer Portland-Cementfabrik von Eugen Lion u. Co. (bei Tscheppe, Reg.-Bez. Schleswig) gearbeitet und ist von dort wahrscheinlich auf der Reise nach seiner Heimat begriffen gewesen, als ihn das entsetzliche Ende ereilte.

\* Berlin, 25. Mai. [Todesfall.] Am 19. d. M. starb bei seinen Verwandten im Kreise Böbau der durch seine Pilgerfahrten nach dem Morgenlande, besonders nach den durch die Bibel berühmt gewordenen Stätten bekannt gewordene emer. Subilapriester Zankowski, aus Brontkau bei Böbau gebürtig. Ueber diesen Mann, der ein vielbewegtes Leben geführt hat, bringen polnische Blätter auch die Mittheilung, er habe in der unglücklichen Revolution 1849 die Stellung eines ungarischen Militärgeistlichen bekleidet.

## Angelommene Fremde.

Posen, 27. Mai.

Mylius Hotel de Drosde (Fritz Bromer). [Fernsprech-Anschl. Nr. 16.] Geh. Ober-Reg.-Rath Dr. Gopp a. Bromberg, Reg.-Rath Schmeller a. Caroba, Landschafts-Rath Klein a. Biele, Ingenieur Köhler a. Potsdam, Fabrikant Wilson a. Hamburg, die Kaufleute Ehlers a. Bremen, Robert a. Nürnberg, Bagelmann a. Koblenz, Kühner a. Düsseldorf, Seemann a. Leipzig, Cotta a. Berlin, Bernagel aus Glogau, Koplan a. Breslau.

Grand Hotel de Francos. Die Rittergutsbesitzer Graf von Bolkowitz a. Czacz, v. Radonski a. Borkowo, v. Zatzewski aus Ostpr., Rechtsanwalt Baßzdt a. Thorn, die Kaufleute Sosnowski a. Breslau, Borowicz a. Berlin, Frau Habelsberg a. Berlin.

Hotel Bellevue. (H. Goldbach.) Instrumentenmacher Mac-nell a. Amsterdam, Landwirth Berger a. Dels, Gutsbesitzer Thiel a. Zellgosh, Hotelbesitzer Sade a. Schneidemühl, Ingenieur Gledzinski a. Berlin, die Kaufleute Böglitz a. Bordeaux, Hoffmann, Sebste u. Rump a. Berlin, Simon a. Wandsbeck, Jherhardt aus Wermelskirchen, Schmidt a. Hamburg, Frommer a. Graubenz.

O. Katt's Hotel „Altes Deutsches Haus“. Gutsbesitzer Rothe a. Moglino, Lehrer Kobnet mit Mutter a. Uelshowo, die Kaufleute Paliski a. Lissa, Seidel a. Berlin, R. u. B. Rydzinski a. Wleschen.

J. Grätz's Hotel „Deutsches Haus“. (vormals Langner's Hotel.) Grundbesitzer Bach u. Marie Bach a. Niederbors, Konditor Jasnowski a. Berlin, Lehrer Petrofski aus Gaiptoppolitz, Molterrei-Verwalter Heinrich u. Frau a. Berlin, Simon a. Wandsbeck, die Kaufleute Baldeburg a. Berlin, Böwy a. Breslau.

Keiler's Hotel zum Engl. Hof. [Inhaber M. Kunz.] Die Kaufleute Kunz und Haase a. Berlin, Wietzner a. Kralau, Zwila u. Schenker a. Breslau, Mittwoch a. Schrimm, Wirtschaftszn-spektor Baganz a. Stargard.



